



GASTBEITRAG

MICHAEL HERMANN

ist Politforscher an der Universität Zürich und äussert sich zur Frage: «Die Krise und der Bundesrat – der Bundesrat in der Krise?»

Bundesräte müssen sich zu wenig beweisen

JE LÄNGER EINE REGIERUNG im Amt ist, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie bei den nächsten Wahlen abgewählt wird. Dieser Zusammenhang gilt für jede Demokratie, nur nicht für die Schweiz. Bei uns kann sich ein Regierungsmitglied, das die ersten vier Jahre im Bundesrat überstanden hat, einer fortwährenden Wiederwahl schon fast sicher sein. Ein wahrhaft archaischer Wahlmodus sorgt dafür, dass bei den Gesamterneuerungswahlen des Bundesrats nicht die erbrachten Leistungen beurteilt, sondern vor allem Kuhhandel getätigt werden.

WEIL JEDES RATSMITGLIED einzeln in der Reihenfolge des Dienstalters gewählt wird, geht es bei den meisten Wahlrunden vor allem darum, Stimmen für amtsjüngere Bundesräte zu sichern. So erzielte viel gescholtene Pascal Couchepin bei

den Gesamterneuerungswahlen 2007 mit 205 Stimmen ein Spitzenresultat. Die 205 Stimmen waren jedoch nicht etwa Ausdruck einer plötzlichen Wertschätzung, sondern ein Zeichen dafür, dass es vor dem grossen Showdown Christoph Blocher vs. Eveline Widmer-Schlumpf niemand mit der FDP verderben wollte.

DEN ENDGÜLTIGEN GARAUS könnte den taktischen Spielchen, die heute die Bundesratswahlen prägen, wohl nur die Volkswahl machen. Doch auch ohne die politisch schwer durchsetzbare Volkswahl und auch ohne teure Strukturformen könnte die demokratische Legitimierung und Kontrolle der Regierung massgeblich verbessert werden. Es braucht dazu bloss eine simple Änderung des Wahlmodus: Statt einzeln und nacheinander sollen alle Regierungsmitglieder gleichzeitig gewählt werden.

WIE DER STIMMBÜRGER bei der Wahl der Kantonsregierung erhält jedes Mitglied der Bundesversammlung einen Wahlzettel mit sieben leeren Linien, die nach belieben gefüllt werden können. Gewählt ist im ersten Wahlgang, wer das absolute Mehr erreicht. Im zweiten Wahlgang – eine bis zwei Wochen später – werden die weiteren Plätze nach relativem Mehr vergeben. Die einzige Einschränkung: Mindestens zwei der sieben müssen aus der lateinischen Schweiz stammen.

DER GROSSE VORTEIL einer solchen offenen Wahl ist, dass dabei nicht das ganze Augenmerk auf parteipolitische Taktierereien gerichtet würde, sondern auch die Beurteilung der Arbeit jedes, auch altgedienten, Regierungsmitglieds Bedeutung gewänne. Man stelle sich vor, Moritz Leuenberger könnte sich bis 2011 nicht zu einem Rücktritt entschliessen.

Mit dem neuen Modus müsste die SP dies nicht mehr einfach hinnehmen, sondern könnte als zusätzliche Kandidatin zum Beispiel Simonetta Sommaruga aufstellen. Läge der langjährige Magistrat im ersten Wahlgang zurück, so würde er wohl oder übel zu Gunsten der jüngeren Parteikollegin zurückstehen müssen.

IN DER PRAXIS müsste es gar nicht erst so weit kommen. Alleine schon die Existenz einer Wahl mit offenem Ausgang würde Leben in die bundesrätliche Bude bringen, die Magistraten zu vermehrter Leistung anspornen und zu einem rechtzeitigen Rückzug animieren. Das beste Beispiel hierfür ist Eveline Widmer-Schlumpf, deren Wiederwahl unabhängig vom Wahlmodus auf dem Spiel steht und bei der richtig zu spüren ist, dass sie täglich dafür kämpft, sich als gute Magistratin zu behaupten. schweiz@bernerzeitung.ch